

## **Antrag**

### **der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

#### **KSZE-Folgetreffen in Wien**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, das am 4. November 1986 in Wien begonnene Folgetreffen der KSZE zu nutzen, um den KSZE-Prozeß zu stärken und zur Verbesserung der Sicherheit in Europa sowie der Entwicklung einer umfassenden, auch für die Menschen spürbaren Zusammenarbeit zwischen den KSZE-Teilnehmerstaaten beizutragen.

Der KSZE-Prozeß hat sich zu einem unerläßlichen Instrument der Friedenssicherung, der Förderung der Achtung der Menschenrechte, der Zusammenarbeit und der Entspannung in Europa entwickelt. Mit der Schlußakte von Helsinki haben die Menschen in Europa ein konkretes Dokument, das ihnen die Durchsetzung ihrer täglichen Anliegen erleichtern kann. Der KSZE-Prozeß bildet eine Brücke zwischen West und Ost und erlaubt Dialog und Annäherung auch in kritischen Zeiten. Die KSZE trägt nicht nur zu mehr Stabilität im Ost-West-Verhältnis bei, sie ermöglicht es auch gerade den kleineren und mittleren Staaten in Europa, ihren Beitrag für Zusammenarbeit zu leisten und die Zukunft Europas mitzugestalten. Seit Beginn des KSZE-Prozesses haben sich die Dialogmöglichkeiten erweitert sowie Fälle von Familienzusammenführung, Begegnung und Reisen vervielfacht und der Nachrichtenfluß verbessert. Im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit hat es neue Anstöße gegeben.

Mit der Einberufung einer Konferenz über vertrauensbildende und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa hat die KSZE der Erkenntnis Rechnung getragen, daß die Lösung sicherheitspolitischer Probleme eng mit der Forderung nach politischer, humanitärer, wirtschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit verknüpft ist. Die KVAE hat in einer ersten Phase zur Einigung über konkrete, militärisch bedeutsame vertrauensbildende Maßnahmen geführt. Zwar sind die Fortschritte, gemessen an den Anfangserwartungen, noch nicht ausreichend, aber in wichtigen Detailfragen, insbesondere im Bereich der Überprüfung der getroffenen Vereinbarungen, wurden neue, zukunftsorientierte Wege beschritten.

Bei der am 4. November 1986 begonnenen Folgekonferenz geht es darum, das durch den erfolgreichen Abschluß der KVAE

erzielte positive Klima sowie die Annäherungen im Rüstungskontrolldialog zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion für weitere Fortschritte zu nutzen. Dies gilt insbesondere für die Bundesrepublik Deutschland als einem Land an der Nahtstelle zwischen Ost und West.

Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf, durch eigenständige, mit den Partnern im Bündnis abgestimmte Vorschläge, einen Beitrag zu substantiellen Fortschritten bei der KSZE zu leisten. Dabei kommt es auf folgende Gesichtspunkte an:

1. Oberstes Ziel der KSZE bleibt, bessere Beziehungen unter den Teilnehmerstaaten zu fördern sowie Bedingungen zu gewährleisten, unter denen ihre Völker in echtem und dauerhaftem Frieden, frei von jeglicher Bedrohung oder Beeinträchtigung ihrer Sicherheit leben können. Die Glaubwürdigkeit des KSZE-Prozesses muß durch eine gewissenhafte Erfüllung der getroffenen Vereinbarungen, vor allem im Bereich der menschlichen Dimension, gestärkt werden. Die bestehenden Regelungen der KSZE sollten weiter präzisiert und entwickelt werden und Defizite bei ihrer Einhaltung abgebaut werden, um weitere Fortschritte in der Zusammenarbeit zu erreichen. Das Vertrauen in den KSZE-Prozeß und seine Wirksamkeit ist grundlegende Voraussetzung für weitere Fortschritte.
2. Der KSZE-Prozeß soll dazu beitragen, die Spaltung Europas zu überwinden und die Menschen einander näherzubringen. Dazu müssen Mißtrauen abgebaut, die Menschenrechte geachtet und der Entstehung von Spannungen entgegengewirkt werden. Voraussetzung ist die Herstellung von mehr Transparenz und Vertrauensbildung in allen Bereichen. Ziel des Wiener KSZE-Folgetreffens muß deshalb sein, in allen Bereichen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa mehr Ausgewogenheit zu erreichen. Die in der Stockholmer KVAE im Bereich der militärischen Vertrauensbildung erzielten Fortschritte müssen deshalb ergänzt werden durch deutliche Verbesserungen bei den Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, im humanitären Bereich sowie auf den Gebieten der Information, der Kultur und der Bildung.
3. Der Deutsche Bundestag tritt ein für die Fortsetzung der KVAE. Das nicht ausgeschöpfte Mandat von Madrid muß genutzt werden, um zu weiteren Vereinbarungen für Vertrauensbildung zu kommen. Dadurch soll ein Mehr an Transparenz und Berechenbarkeit geschaffen werden. Das Ziel der konventionellen Stabilität in ganz Europa ist energisch in Angriff zu nehmen. Dazu ist ein umfassendes, ausgewogenes und stabiles Kräfteverhältnis auf niedrigerem Niveau anzustreben. Das Wiener Folgetreffen hat dabei eine wichtige Aufgabe zu erfüllen.
4. Die Katastrophe von Tschernobyl hat die Notwendigkeit der Zusammenarbeit auch im Bereich von Wissenschaft und Technik unterstrichen. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die KSZE zur verstärkten Zusammenarbeit in

diesem Bereich und zur Herstellung von Transparenz, auch im Bereich umweltgefährdender Technologien zu nutzen. Die KSZE-Teilnehmerstaaten sollten politischen Anstöße geben, damit gemeinsame Lösungen erarbeitet werden, um die Risiken der friedlichen Nutzung der Kernenergie abzubauen und grenzüberschreitende Risiken abzumindern.

5. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der KSZE sollte verbessert werden. Grenzübergreifende Arbeitsteilung muß auch im West-Ost-Verhältnis genutzt werden können. Die Spaltung Europas sollte nicht durch technologische Gräben vertieft werden. Daher ist die wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit unter Wahrung der Sicherheitsbelange zu fördern und auszubauen. Überholte, umweltfeindliche und riskante Produktionsmethoden müssen abgebaut und die grenzüberschreitenden Probleme der zunehmenden Zerstörung der Umwelt beseitigt werden.
6. Im Bereich der Menschenrechte und Grundfreiheiten erwartet der Deutsche Bundestag die Verwirklichung der in der Schlußakte von Helsinki und dem abschließenden Dokument in Madrid übernommenen Verpflichtungen, insbesondere bei der Meinungsfreiheit, religiösen Freiheit, den Minderheitenrechten, Gewerkschaftsrechten, fairen Gerichtsverfahren, Menschenrechtsorganisationen (Monitor-Gruppen).
7. Fortschritte müssen auch im Bereich der menschlichen Erleichterungen erzielt werden. Die Bundesregierung sollte erneut ihre beim KSZE-Expertentreffen in Bern vorgetragenen Vorschläge zur Verbesserung der Familienzusammenführung, der Reisemöglichkeiten und grundsätzlich zur Erweiterung der menschlichen Kontakte einbringen und darauf hinwirken, daß in Wien an die Ergebnisse des Treffens von Bern angeknüpft wird.
8. Der KSZE-Prozeß soll die kulturelle Identität Europas, die stärker ist als System- und Paktgrenzen, fördern. Die gemeinsame europäische Kultur hat ihren prägenden Einfluß über die ganze Welt verbreitet. Im Bereich der kulturellen Zusammenarbeit besteht noch ein großes, unausgeschöpftes Reservoir. Das Budapest Kulturforum hat eine Reihe von Vorschlägen erarbeitet, die sorgfältig geprüft und umgesetzt werden sollten.
9. Zur Stärkung des Verständnisses zwischen Bürgern und Völkern sind Fortschritte im Bereich der Information, insbesondere der freieren und umfassenderen Verbreitung von Informationen, der Zusammenarbeit im Bereich der Information und des Informationsaustausches sowie bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Journalisten erforderlich.

Bonn, den 5. November 1986

**Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion**

**Mischnik und Fraktion**

